Die Sächsische Volkskammer zur Lage.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer.

Dresden, den 16. März 1920.

Die heutige Sitzung, deren Beginn von 1 Uhr auf 2 Uhr verschoben wurde, da noch wichtige Verhandlungen der Fraktionen mit der Regierung stattfanden, war infolge der Vorgänge am Montag nichtöffentlich. Nur die Presse war zugelassen.

Präsident Frähdorf

nahm Bezug auf die Berliner Vorgänge und auf die blutigen Zusammenstöße, die als Folge davon in Dresden und Leipzig sich ereignet hätten. Die Kammer betraure jedenfalls mit den Angehörigen die Verluste, insbesondere die Volksgenossen, die bei den Vorgängen in Leipzig und in Dresden unschuldig ihr Leben lassen mußten. (Sämtliche Kammermitglieder haben sich unterdessen von ihren Sitzen erhoben.) Es könne im Augenblick nicht die Aufgabe der Kammer sein die Schuldigen zu suchen und über sie zu richten. Man könne im Augenblick nur wünschen, daß das Volk zur Ruhe und Besonnenheit zurückkehre.

Der Präsident teilt dann mit, daß die Kammer nicht in die Verhandlung der vorliegenden Tagesordnung eintrete, und beraumt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 23. März, mittags 1 Uhr an. Er sei der Meinung, daß die Abgeordneten in diesen Tagen am besten zu Hause seien, um mit ihren Wählern Fühlung zu nehmen und dadurch zur Beruhigung im Lande beizutragen. Im übrigen sei ihm aber vom Vorstand die Befugnis gegeben, sofern es nötig sei, die Kammer auch schon vor Dienstag wieder zusammenzurufen.

Namens der **Sozialdemokratischen Fraktion, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion** und der **Demokratischen Fraktion** gibt der Präsident darauf folgende

Erklärung:

Die Volkskammer des Freistaates Sachsen sieht in dem Berliner Militärputsch ein schweres Verbrechen am deutschen Volke, das sie aufs schärfste verurteilt. Der Putsch mit seinen Folgen bringt dem deutschen Volke von neuem unendlichen materiellen und moralischen Schaden. Der beginnende Aufstieg unseres Wirtschaftslebens, der unverkennbar war, ist durch diesen brutalen Akt aufs schwerste gefährdet. Die Sächsische Volkskammer lehnt die Beziehungen zu der Putschregierung ab und fordert das sächsische Volk ohne Unterschied der Parteien auf, jenem hochverräterischen Treiben entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Sie hält es mit der sächsischen Regierung für selbstverständlich, daß die Reichsregierung in keinerlei Verhandlungen mit den Berliner Hochverrätern eintritt. (Bravo!)

Darauf nimmt Abg. **Hofmann** (D.-N.) das Wort, um namens seiner Fraktion zu erklären, daß diese von den Vorgängen in Berlin überrascht worden und an diesen nicht beteiligt sei. (Unruhe links.) Die Vorgänge seien nach ihrer Ueberzeugung verursacht durch die verfehlte Politik der bisherigen Reichsregierung und der politischen Mehrheitsparteien. Die Verschleppung der Neuwahlen zum Reichstag, der Versuch, die eben erst beschlossene Reichsverfassung aus parteipolitischen Rücksichten zu ändern, die Unfähigkeit der Regierung, der wirtschaftlichen Not unseres Volkes zu steuern (stürmischer Widerspruch links), die rücksichtslose Vergewaltigung der Minderheit (Zuruf: Schwindel!) hätten die Stellung der bisherigen Regierung und ihren Fortbestand unmöglich gemacht. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei fordere die sächsische Regierung auf, die im Gange befindlichen Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Koalitionsregierung, durch Einführung von Fachministerien, Ausschreibung von Neuwahlen und Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände zu fördern. (Zurufe: Niemals!) Seine Fraktion sei bereit, hierbei mitzuwirken. Sie halte eine Koalitionsregierung im Reich und in Sachsen allein für befähigt, die Ordnung wiederherzustellen, der Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens und der weiteren Entrechtung durch die radikalen Linksparteien Einhalt zu tun. (Stürmische Pfuirufe und lebhafter Widerspruch links.)

Abg. Dr. **Kaiser** erklärte namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei, daß diese die Berliner Tat verurteile, durch die unter Bruch der Verfassung eine neue Regierung gebildet worden sei. Sie bedauere die Vorgänge, die unsagbare wirtschaftliche und politische Folgen haben würden. Die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg und eine Versöhnung des Volkes sei durch die Berliner Revolution im Keime erstickt worden. Seine Fraktion stelle sich streng auf den Boden der sächsischen Verfassung und verlange deren gewissenhafte Beobachtung. Auf einen Zuruf: „Wo bleibt die Reichsverfassung?" erklärt der Redner, daß seine Fraktion auch auf dem Boden der Reichsregierung stehe. Wenn sie jede gewaltsame Aenderung der Verfassung ablehne, so müsse sie aber anderseits Forderungen geltend machen. Die Regierung und die Volkskammermehrheit solle mehr als bisher das Recht der Minderheit in der Bevölkerung achten, insbesondere auch in der Frage der Schulgesetzgebung, und alle unnötigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben unterlassen. Bei der Berufung von Beamten solle ausschließlich die Tüchtigkeit entscheidend sein. Seine Partei werde auf dem Boden der Verfassung auch weiterhin an der Erfüllung der kulturellen Aufgaben arbeiten.

Darauf ergreift

Ministerpräsident Dr. Gradnauer

das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. folgendes ausführt: Unserem Volke bleibe keine Heimsuchung erspart. Nach den schweren Zeiten, die wir durchlebt haben, erschüttere eine neue Krisis unser Land. Eine Gruppe von Fanatikern der Reaktion, deren Zahl aber gering sei, habe die Fahne der Revolution erhoben und die Reichsverfassung mit Füßen getreten. Sie maße sich an, die Nationalversammlung außer Kraft zu setzen. Es werde von dieser

Pseudoregierung

als Vorwand für ihr Beginnen mancherlei angeführt, wie man es soeben von dem Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei gehört habe. Er könne diese Behauptungen in gar keiner Weise als berechtigt anerkennen. Die Unwahrheit der Behauptung, daß die Nationalversammlung über ihren verfassungsmäßigen Zustand hinaus tage, ergebe sich schon daraus, daß man auch die preußische Landesversammlung für aufgelöst erklärt habe.

Der Herr Abgeordnete Hofmann habe davon gesprochen, daß die Reichsregierung nicht imstande gewesen wäre, die wirtschaftliche Zerrüttung in Deutschland aufzuhalten und den Wiederaufbau zu betreiben. Gewiß könne man über manche Probleme unserer Zeit streiten, und es sei keine Regierung unfehlbar, aber die Herren von der Deutschnationalen Partei seien die Allerletzten, die die heutige Regierung anklagen könnten. Wenn sie der Regierung jetzt den Fehdehandschuh entgegenschleuderten, dann müsse er sagen, daß sie es seien, die ein unermeßliches Maß von Schuld auf sich geladen haben (Sehr richtig!): das Elend des Krieges und seiner verheerenden Folgen.

Der Name Kapp sei ein Programm.

Er, der neue Pseudoreichskanzler, sei derjenige, der in den Kriegsjahren aus dem Hinterhalt mit giftigen Worten gegen den Reichskanzler, weil er einen Verständigungsfrieden anstrebte, zu Felde gezogen sei. Er sei der Führer der maßlosen Annexionspolitiker gewesen und habe eine vaterlandsschädliche Rolle gespielt. Der will sich jetzt bei uns als Reichskanzler aufspielen! Leider habe sich um diese Persönlichkeit eine Anzahl höherer Offiziere geschart. Die höheren Offiziere hätten sicherlich auf rein militärischem Gebiete ihr Bestes getan und ihr Land zu retten versucht, aber schon in den Kriegsjahren sei es ein Unheil für unser Volk gewesen, daß die Herren Offiziere sich in die Politik eingemischt hätten, von der sie nichts verstünden. Dasselbe trete auch jetzt wieder unheilvoll in die Erscheinung, da sie Probleme zu lösen sich vermessen hätten, deren Tragweite sie zu ermessen nicht imstande seien. Die Mannschaften seien durch allerlei Versprechungen verführt. Jedenfalls bedeute diese Aktion ein

Unglück für unser Volk

und er bezweifle es nicht, daß die Herren von der Deutschnationalen Fraktion nicht einmal für diese Tatsache Verständnis hätten. Gerade seit einigen Monaten sei man der Hoffnung gewesen, daß es in unserem wirtschaftlichen Leben etwas besser werden wolle. Der Friede sei endlich zur Ratifizierung gelangt und auch die Arbeiterschaft sei mehr und mehr zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Zeit gekommen, sie habe eine längere intensivere Arbeitsleistung versprochen, das Vertrauen des Auslandes sei im Wachsen gewesen, die Valuta sei gestiegen und in der Auslieferungsfrage habe die Reichsregierung die erste Bresche gelegt in den Frieden von Versailles. Und dies alles sei durch die unselige Berliner Tat im Keim erstickt worden. Unabsehbare Folgen erwüchsen daraus. Das Programm dieser Leute sei ein Sammelsurium von Gemeinplätzen. Man höre, daß der neue Mann die Zwangswirtschaft aufheben wolle. Das wäre aber

für unser sächsisches Volk das Verhungern.

Er wolle über das Programm heute im einzelnen nicht sprechen. Gewiß könne man über viele solcher Probleme sprechen. Gewiß könne man über viele solcher Probleme verschiedener Meinung sein, wie z. B., ob man Fachminister haben wolle. Es sei darüber aber kein Zweifel, wenn diese Leute obenauf kämen, so würde das nur Wasser auf die Mühle der schlimmsten Chauvinisten und Militaristen im Auslande sein. Gerade in dieser Richtung sei wahrlich von jenen Leuten nichts zu erwarten. Auf diese Weise würden wir die Fesseln des Versailler Friedens nicht los. Gegen das Furchtbare, was geschehen sei, gebe es nur das eine Mittel, daß diesem Spuk so schnell wie möglich ein Ende bereitet werde. Die Antwort des deutschen Volkes sei ja nicht ausgeblieben. Ein Militarist wie Herr v. Lüttwitz könne sich vielleicht einbilden, wenn er die Waffen eines Truppenteils auf seiner Seite habe, daß er dann die ganze waffenlose übrige Bevölkerung terrorisieren könne. Aber das sei eine große Kurzsichtigkeit dieses Herrn. Selbst wenn er alle Waffen in den Händen hätte, würde er nimmermehr imstande sein, gegen den Willen der Mehrheit ein solches Regiment zu erhalten. Der Widerstand der Vernunft werde es unmöglich machen. Die erste Folge der Aktion sei die, daß zwischen den verschiedenen

sozialdemokratischen Parteien eine Annäherung

geschehen sei. Eine weitere Antwort sei das Ausbrechen des Generalstreiks, und zwar zunächst eines eintägigen Protestestreiks. Die Regierung sei Gegner des Generalstreiks, weil sie ihn für ein Unglück halte. Aber hier handele es sich um eine Volksbewegung, um die Grundfesten des Staates wiederherzustellen. Das sei nicht eine Bewegung gegen den Staat, sondern zum Schutze des Staates und der Demokratie. (Abg. Kühn: „Die fortgesetzt wird!") Er bedauere, daß solche Mittel in jetziger Zeit angewendet werden müssen, aber die Schuld liege bei den Urhebern der verbrecherischen Aktion. Die höhere Beamtenschaft sei sicherlich auch nicht mit jeder Handlung der bisherigen Regierung einverstanden. Sie sei vielleicht auch rechts gerichtet, und doch müsse er es als ein

Ehrenblatt der Beamtenschaft

ansehen, daß sie erkenne, daß solche Methoden nicht angewendet werden dürften, und daß sich kein Beamter in den Dienst eidbrüchiger Usurpatoren stelle.

Herr Kapp habe die Sache wirklich schlecht vorbereitet. Man sehe ihn jetzt in einer heillosen Verwirrung, überhaupt ein Kabinett zustande zu bringen. Man habe von wundervollen Persönlichkeiten, wie Traub und Oberfinanzrat Bang, gehört. (Gelächter links.) Einer nur sei bereits gesichert, der berüchtigte Herr v. Jagow, einer der extremsten Rechtspolitiker. Es herrsche allgemein die Ueberzeugung, daß die Pseudoregierung sich kaum noch irgendwie zu halten imstande wäre. Die Folge davon, daß man den Boden unter den Füßen schwinden sehe, seien offenbar die Bemühungen, Vergleichsverhandlungen anzubahnen, und die schöne Idee, ob man nicht eine

Koalitionsregierung

machen könne. Wenn eine Koalitionsregierung mit der äußersten Rechten überhaupt möglich war, so sei sie durch diese Ereignisse unmöglich geworden. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung, die in Stuttgart ihre Arbeit aufgenommen habe, lehne auf das allerentschiedenste ab, mit Herrn Kapp in Ausgleichsverhandlungen zu treten.

Der Ministerpräsident nimmt dann Bezug auf den von der sächsischen Regierung erlassenen Aufruf und stellt mit Befriedigung fest, daß gerade auch die sächsische Beamtenschaft auf dem Boden der Verfassung stehe. Es seien ihm aus den Kreisen der Beamtenschaft viele derartige Erklärungen und Zuschriften zugegangen. Der Redner geht dann auf das Verhältnis zur hiesigen Reichswehr ein. Er habe wiederholt erklärt, daß die Reichswehr eine Truppe sein solle und sein müsse, die nicht gegen das Volk gerichtet sei, sondern zum Volk gehöre. Freilich sei darüber kein Zweifel, daß die Dinge sich in manchen Landesteilen anders entwickelt hätten.

In Sachsen habe man erfreulicherweise feststellen können, daß sich in dieser schweren Krise die Reichswehr nicht in Gegensatz zu Volk und Regierung gestellt habe. Man dürfe sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch bei der Reichswehr in Sachsen es manche Herren, besonders unter den Offizieren, gebe, deren Herz wo anders sei. (Sehr richtig!) Aber es sei in der Oeffentlichkeit schon bekannt geworden, daß

General Maercker

gleich am Sonnabend vormittag hier die feierliche Erklärung abgegeben habe, sich für den Schutz der sächsischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Er sei zweifellos ein sehr rechts gerichteter Mann, und es habe sich gewiß in seiner Seele kein leichter Kampf abgespielt, aber er habe die Befehle von Berlin, die sächsische Regierung abzusetzen, nicht befolgt. Es sei das Gerücht verbreitet worden, daß in den Kasernen Abstimmungen stattgefunden und die Reichswehrsoldaten sich in ihrer Mehrheit für Lüttwitz erklärt hätten. Was verstünden die jungen Leute überhaupt von solchen Sachen? Minister Schwarz habe aber festgestellt, daß überall eine andere Stimmung herrsche und überall hätten die Soldaten feierlichst gelobt, sich rücksichtslos hinter die geltende Reichsverfassung zu stellen. Er fügte hinzu, daß General Müller in seiner Bekanntmachung erklärt habe, mit allen ihm anvertrauten Machtmitteln die sächsische Verfassung zu schützen. Diese Vorgänge gäben ihm das Vertrauen, daß es möglich sein werde, bei uns einen Gegensatz und einen politischen Kampf zwischen Reichswehr und Volk zu verhindern.

Der Ministerpräsident geht dann auf die Situation ein, wie sie sich bei uns in Sachsen in den letzten Tagen gestaltet hat. Die Gesamtlage müsse als außerordentlich verworren bezeichnet werden. Alles gehe drunter und drüber. In Leipzig sei die Erbitterung der Bevölkerung aufs höchste gestiegen. Der Generalstreik daure weiter, und es herrsche eine durchaus verworrene Situation. Um alles zu versuchen, eine Milderung herbeizuführen, habe man bereits erwogen, alsbald ein Mitglied der Regierung nach Leipzig zu schicken. Ein ganz anderes Bild finde man im Bezirk Chemnitz, wo in der Stadt die drei Linksparteien eine Art Räterepublik gebildet hätten. Aehnliches habe sich in einer Reihe anderer Ortschaften dieses Bezirkes ereignet. Das sei eine Erscheinung, die aus dieser ganzen unheilvollen Situation erwachse. Sie sei eine Folge des wahnsinnigen Verbrechens von Döberitz, das nun auf der äußersten Linken alles entfesselt habe. Er könne nur die Hoffnung aussprechen, daß der Spuk in Berlin möglichst bald verflattert sein möge. Er habe das Vertrauen in die sächsische Bevölkerung, daß es gelingen werde, diese Erscheinungen durch gütliche Aussprache und vernünftiges Zusammenarbeiten aller Parteien wieder in geordnete Bahnen zu bringen.

Was

die Dresdner Vorgänge

betreffe, so könne er einen vollständigen Tatbestand noch nicht mitteilen, sondern nur über das berichten, was vorangegangen sei. Am Sonntag seien es ganz unkontrollierbare Elemente gewesen, die in das Haupttelegraphenamt eingedrungen seien und die Apparate hätten lahmlegen wollen. Diese Vorkommnisse hätten den Anlaß dazu gegeben, das Haupttelegraphengebäude mit Reichswehr zu schützen. Am Sonntag seien vielfach Behauptungen laut geworden, daß die Aufstellung von Reichswehr gerade dort eine bedenkliche Maßnahme sei und aufreizend auf die Bevölkerung wirke. Es sei ja leider die Tatsache zu verzeichnen, daß es Leute gebe, die, wenn sie Reichswehrleute sehen, sich provoziert fühlen. Ein vernünftiger Anlaß sei dazu nicht vorhanden. Um diesen Wünschen nachzukommen, sei Einwohnerwehr zum Schutze des Gebäudes gestellt worden. Nun habe sich aber herausgestellt, daß das Gebäude andauernd von der Volksmenge belagert wurde, die Posten seien zum Teil mißhandelt worden und hätten sich schließlich nicht mehr behaupten können. Man sei in das Gebäude eingedrungen und unter dem Druck dieser Lage habe die Einwohnerwehr selbst die Regierung ersucht, zur besseren Hilfe Reichswehr heranzuziehen. Die Ereignisse seien aufs tiefste zu beklagen. Er könne die Bevölkerung nur auf das allerdringendste ersuchen, doch endlich zur Besinnung zu gelangen und sich in der jetzigen Zeit von allen Aufläufen fernzuhalten.

Der Redner geht dann auf

die drei Forderungen

ein, die in den letzten Tagen an die sächsische Regierung von einigen Parteien gerichtet worden sind und äußert sich hierzu im einzelnen. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Der Belagerungszustand und die Schutzhaft werden aufgehoben, Amnestie für politische Vergehen wird gewährt.
2. Das Wehrkreiskommando soll die Zeitfreiwilligen sofort demobilisieren. Alle Befehle an die Soldaten für den Freistaat Sachsen werden im Einvernehmen mit der sächsischen Regierung

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theaterspielplan für heute.** Opernhaus: Infolge der Eisenbahnstörung kann die für heute, Mittwoch, angekündigte Vorstellung „Der Fremde" nicht stattfinden. Dafür wird „Carmen" gegeben (7); Schauspielhaus: „Des Meeres und der Liebe Wellen" (½7); Albert-Theater: „Herodes und Mariamne" (7); Residenz-Theater: „In Waldmännleins Reich" (3); „Sybill" (7); Central-Theater: „Die Czikosbarones" (7).

† **Mitteilung der Staatstheater.** Schauspielhaus. Die am Montag, den 15. März, ausgefallene Abonnementsvorstellung wird an einem noch zu bestimmenden Tage nachgeholt.

† **Opernhaus.** Die Altistin Helene Jung wurde, wie wir hören, dem Dresdner Opernhaus verpflichtet.

† **Veranstaltungen.** Heute, Mittwoch, 7 Uhr im Gewerbehaus Volks-Sinfoniekonzert. Um ½8 Uhr im Vereinshaus Dresdner Streichquartett.

† **Verlegung des Liederabends Maria Pos-Carlosforti.** Maria Pos-Carlosforti kann wegen der politischen Wirren und Verkehrseinschränkungen nicht rechtzeitig hier eintreffen. Das Konzert heute Mittwoch muß infolgedessen auf einen noch bekanntzugebenden Tag verlegt werden. Gelöste Karten behalten Gültigkeit. Weitere Karten bei F. Ries, Seestraße, und O. Reinicke, Hauptstraße.

† **Otto Erlers „Struensee" in Schweden.** Nachdem das Drama unter der Leitung Olaf Hillbergs in 26 Städten der schwedischen Provinz aufgeführt worden war, gelangte es in der ausgezeichneten Uebersetzung und Inszenierung von Gunnar Klintberg am Svenska-Theater zu Stockholm mit großem Erfolg zur Aufführung. Anders de Wahl, der zu Schwedens bedeutendsten Schauspielern zählt, als Struensee und Gösta Eckmann als Christian VII. finden besondere Anerkennung in der Stockholmer Presse.

† **Kleine Musiknachrichten.** Birgitt Engell, die am 1. Januar aus dem Verbande der Berliner Staatsoper ausgeschieden ist, hat am 1. März ein auf drei Monate berechnetes Gastspiel an der Königl. Oper in Kopenhagen begonnen, nachdem sie im Januar und Februar erfolgreiche Tournees in Holland und Schweden absolviert hat. — Waldemar v. Baußnern hat eine zweiaktige musikalische Komödie „Satyros" auf Grund der Dichtung von Goethe vollendet.

† **Arbeitslosenunterstützungen an Lehrer** werden im Freistaat Sachsen-Weimar gewährt. Die kürzlich von den Landesseminaren entlassenen jungen Kriegslehrer, die nach bestandener Abschlußprüfung eine Lehrerstelle übernehmen sollen, erhalten von jetzt ab täglich eine Arbeitslosenunterstützung von 6 Mk., sofern sie noch keine Anstellung im weimarischen Volksschuldienste erhalten haben.

† **Wie die deutsche Wissenschaft ausverkauft wird.** Verschiedentlich kann man in letzter Zeit in Berliner Blättern Anzeigen ungefähr folgenden Inhalts lesen: Zwei Studenten, Naturwissenschaftler und Humanist, per sofort für Ausländer auf ca. 10 Tage gesucht. Honorar 500 Mk. An Kommilitonen, die sich meldeten, wurde von zwei Japanern das Ansinnen gestellt, wertvolle wissenschaftliche Bücher und Mikroskope aufzukaufen, „da Ausländern dabei Schwierigkeiten gemacht wurden". Der Ausschuß der Studentenschaft fordert auf, sich nicht zu Schergendiensten beim Ausverkauf Deutschlands herzugeben, und beguibigt sich, diese Machenschaften niedriger zu hängen.

† **Ehrendoktor Svante Arrhenius.** Der deutsche Gesandte Radolny händigte dem berühmten schwedischen Gelehrten Professor Svante Arrhenius in Gegenwart von Professor Montelius als Vertreter der Nobelstiftung, von Professor Holm und Aurivillius als Vertreter der Akademie der Wissenschaften, von Professor Bendixson, dem Rektor der Stockholmer Hochschule, Dr. Sven Hedin, sowie dem Kabinettssekretär Boström, als Vertreter des Auswärtigen Amtes, das ihm von der Universität Greifswald verliehene Ehrendoktordiplom aus, indem er seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, daß die deutsche Gelehrtenwelt wieder einmal Gelegenheit habe, einem hochverdienten schwedischen Forscher den Lorbeerkranz zu überreichen.